

## Schmal warnt vor milchpolitischem Aktionismus - Branche bleibt gefordert

Vor milchpolitischem Aktionismus warnt DBV-Milchpräsident Karsten Schmal die neue Bundesregierung. Staatliche Eingriffe seien immer nur die zweitbeste Lösung, sagt Schmal im Interview. Vorgaben für die Vertragsgestaltung von Erzeugern und Molkeereien hält er für nicht gerechtfertigt, nachdem die Diskussion über eine notwendige Modernisierung der Lieferbeziehungen in Gang gekommen sei. Gleichzeitig räumt Schmal ein, ihm gehe vieles „schlichtweg zu langsam“. Eine kategorische Absage erteilt der Milchpräsident staatlichen Mengenregulierungen, „in welcher Form auch immer“. Keinen Anlass zur Panik biete die derzeitige Situation auf dem Milchmarkt.

Länderberichte 1

## Gefahr von Extremwetterereignissen in Deutschland könnte weiter steigen

Die deutschen Landwirte müssen sich bei fortschreitendem Klimawandel wohl auf häufigere Extremwetterereignisse einstellen. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) sieht jedenfalls in der Häufung solcher Situationen ein Indiz dafür, dass die Wahrscheinlichkeit extremer Wetterereignisse mit weiter steigenden Temperaturen zunehmen könnte. DWD-Vizepräsident Dr. Paul Becker rät daher zum verstärkten Einsatz robuster Kulturen und Sorten, die Hitze- und Kälteperioden sowie trockene Wetterphasen einigermaßen unbeschadet überstehen. Auch nach Überzeugung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) müssen sich die Landwirte auf den Klimawandel einstellen.

Länderberichte 9

## EU fordert von Deutschland Änderung der Mehrwertsteuer-Pauschalierung

Die EU-Kommission hat die Bundesregierung aufgefordert, ihre Regelung der Mehrwertsteuer-Pauschalierung für die Landwirte zu ändern. Dazu wurde ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Die Regelung dürfe gemäß der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie nur für Kleinbetriebe angewendet werden, da diese bei Berücksichtigung der normalen Mehrwertsteuervorschriften auf administrative Schwierigkeiten stoßen würden, so die Kritik. Deutschland wende diese Ausnahmeregelungen allerdings für alle Betriebe an; dadurch komme es zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem EU-Binnenmarkt. Berlin hat zwei Wochen Zeit, die Regeln zu ändern.

EU-Nachrichten 5

## Ländliche Entwicklung bleibt im Agrarressort

Das Bundeslandwirtschaftsministerium behält seine bisherige Zuständigkeit im Bereich der ländlichen Entwicklung. Man werde weder Stellen noch Fördermittel an das künftige Ministerium für Innen, Bau und Heimat abgeben, heißt es im Agrarressort. Nach der zwischen den Parteien vereinbarten Mittelaufstockung für Landwirtschaft und ländliche Räume um insgesamt 1,5 Mrd Euro in den kommenden knapp vier Jahren geht die künftige Ressortchefin Julia Klöckner damit gestärkt aus den Koalitionsverhandlungen hervor. Die CDU-Politikerin hat inzwischen angekündigt, sie wolle mit „Heimatminister“ Horst Seehofer „an einem Strang ziehen“. Klar sei jedoch, dass die Stärkung des ländlichen Raumes Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums sei, und zwar „mit den dazugehörigen Geldern“. Sowohl der bisherige Agrarminister Christian Schmidt als auch Umweltministerin Dr. Barbara Hendricks werden aus dem Kabinett ausscheiden. Schmidt wird sich zunächst als einfacher Abgeordneter vornehmlich mit Außen- und Verteidigungspolitik beschäftigen. Die Nachfolge von Hendricks soll die frühere nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Svenja Schulze antreten. Der ebenfalls als künftiger Bundesminister gehandelte Dr. Matthias Miersch bleibt hingegen stellvertretender Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeit für die Bereiche Umwelt und Landwirtschaft. Noch keine Entscheidung ist über die Besetzung der Staatssekretärsposten gefallen. Ein Verbleiben der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth sowie des beamteten Staatssekretärs Dr. Hermann Onko Aeikens gilt allerdings als wahrscheinlich.

Länderberichte 33